



# AUSSICHTEN AUF SICHERHEIT UND PERSPEKTIVEN AM ARBEITS- MARKT?

## Wahlaussagen der Parteien zu den arbeitsmarktpolitischen Forderungen der IG Metall

*In der Corona-Pandemie wurde durch Kurzarbeit vielfach Beschäftigung gesichert und der Arbeitsmarkt stabilisiert. Gleichwohl hinterlässt die Krise tiefe Furchen am Arbeitsmarkt und altbekannte Probleme treten verstärkt hervor: Prekär Beschäftigte sind deutlich stärker von der Krise betroffen, die Arbeitslosigkeit ist gestiegen, Langzeitarbeitslosigkeit droht sich zu verfestigen. Das ist eine Bürde für den laufenden sozial-ökologischen Wandel. Gerade in industriellen Branchen spitzt sich die Frage zu, wie es gelingen kann, Beschäftigten neue Perspektiven zu bieten, statt sie, wie seitens vieler Unternehmen angekündigt, in Arbeitslosigkeit zu entlassen. Brücken in die Arbeitswelt von morgen bauen, Leiharbeit und Werkverträge begrenzen und regulieren, Schutz der Arbeitslosenversicherung ausbauen, solidarische Grundsicherung statt Hartz IV – das sind Elemente einer Arbeitsmarktpolitik im sozial-ökologischen Wandel, wie sie die IG Metall fordert.*

### **Brücken in die Arbeitswelt von morgen**

Qualifizierung ist ein wichtiger Schlüssel um Beschäftigte beim Umbau der Arbeitswelt mitzunehmen und Perspektiven für die Zukunft zu bieten. Entsprechend gilt es, den in der Arbeitsmarktpolitik eingeschlagenen Weg, Qualifizierung zu fördern, weiter zu verfolgen und auszubauen. Unter dem Titel Transformationskurzarbeit fordert die IG Metall, insbesondere die Kurzarbeit zu einem Brückeninstrument für den Umbau der Arbeitswelt weiterzuentwickeln. Grundelement für eine solche Kurzarbeit ist die Verknüpfung von Kurzarbeit und Qualifizierung auf Basis eines gemeinsamen Han-

delns der Betriebsparteien und eines betrieblichen Qualifizierungsplans.

Auch alle Parteien messen der Weiterbildung eine wichtige Rolle in der Transformation zu und sehen den Bedarf, dies arbeitsmarktpolitisch zu unterstützen. Gearbeitet wird dabei vor allem mit vergleichsweise ‚großen‘ Begriffen, wie ‚Arbeitsversicherung‘ bei SPD und Grünen oder ‚Weiterbildungsoffensive‘ bei der Linken. Dahinter steht bei allen drei Parteien vor allem die Forderung nach einem Recht auf Weiterbildung.



Offen bleibt allerdings bei allen, wie dies genau ausgestaltet sein soll. Unterschiede gibt es zudem bei der Frage der Finanzierung.

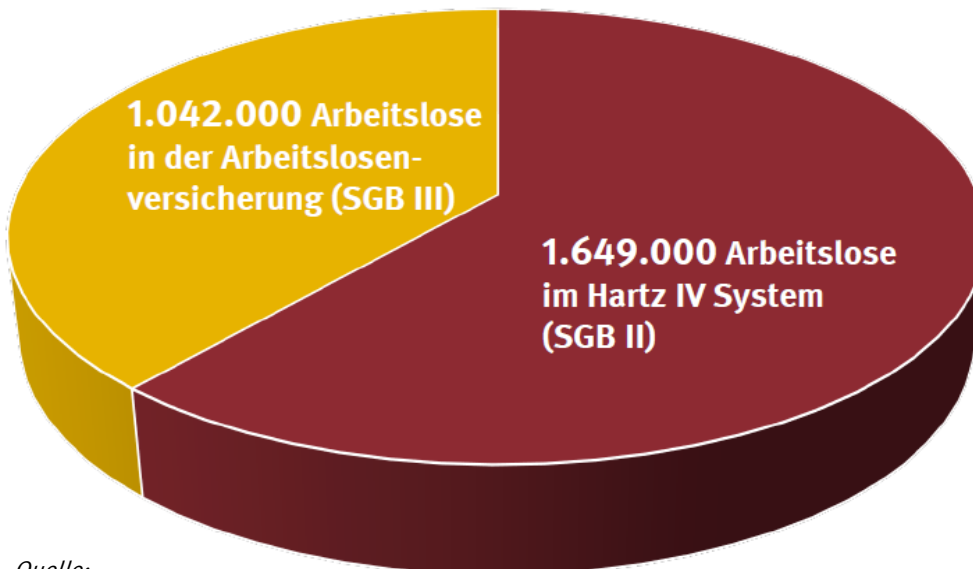
Die SPD orientiert auf eine Art persönliches Konto, die Linke auf ein Weiterbildungsgeld, das sich prozentual am Entgelt orientiert. Bei den Grünen bleibt es offen. Der Ansatz die Kurzarbeit zu einem Brückeninstrument weiterzuentwickeln wird von der SPD (Transformationskurzarbeit) und den Grünen (Qualifizierungskurzarbeit) aufgegriffen. Allerdings sind die Ansätze weniger weitreichend.

schäftigung und sozialer Unsicherheit trotz Arbeit zu stoppen. Die IG Metall fordert u.a. Leiharbeit einzugrenzen und zu regulieren, erweiterte Mitbestimmungsrechte bei Werkverträgen und Fremdvergabe, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn über 12 Euro, die Abschaffung sachgrundloser Befristungen sowie den Ausbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung statt Minijobs. Übereinstimmungen gibt es dabei mit der SPD, den Grünen und der Linken. Union und FDP sehen dagegen im Kern keinen Änderungsbedarf. Im Gegenteil: Sie wollen den Bereich der Mini- und Midijobs sogar ausweiten.

## Fast zwei Drittel der Arbeitslosen sind im Hartz-IV-System

Im Juni 2021 waren von den ca. 2,6 Millionen Arbeitslosen...

## Sicherheit im Wandel



Quelle:

Bundesagentur für Arbeit: Datenblatt Arbeitsmarkt, Juni 2021, eigene Darstellung

Gerade in Zeiten des Wandels hat soziale Sicherheit eine hohe Bedeutung. Sie ist eine Grundlage damit Menschen sich auf Veränderung einlassen. Die Absicherung bei Arbeitslosigkeit weist jedoch erhebliche Schutzlücken auf. Mittlerweile erhält nur noch etwa ein Drittel aller Arbeitslosen Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung, knapp zwei Drittel befinden sich im Hartz-IV-System. Die Ar-

beitslosenversicherung muss wieder zum zentralen Schutzsystem werden. Die IG Metall fordert eine Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I auf bis zu 36 Monate und einen erleichterten Zugang zum Arbeitslosengeld, z. B. durch eine Ausweitung der Rahmenfrist auf drei Jahre. Die Parteien greifen dies bisher in Teilen auf. Die SPD will den Zugang zur Arbeitslosenversicherung erleichtern und das Prinzip ‚wer länger einzahlt, erhält länger Leistung‘ verankern. Die

## Gute Arbeit für die Zukunft

Die Unsicherheiten atypischer Beschäftigung haben sich in der Corona-Krise einmal mehr gezeigt. Viele Leiharbeitende und befristete Beschäftigte haben ihre Arbeit verloren. Besonders hart getroffen wurden Minijobbende. Sie haben aufgrund der fehlenden sozialen Absicherung weder einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld noch auf Arbeitslosengeld. Teil des Wandels muss daher auch sein, die Ausbreitung atypischer Be-

# FAIRWANDEL

## Wahl 21

Grünen wollen einen Zugang nach vier Monaten Beitragszahlung und die Linke will das Arbeitslosengeld erhöhen und langjährig Beschäftigte davor bewahren, nach kurzer Zeit ins Hartz-IV-System zu rutschen.

Außerdem tritt die IG Metall dafür ein, das System Hartz IV endlich durch eine solidarische Grundsicherung zu überwinden. Neue Grundlagen für die Leistungsbemessung, eine abgemilderte Bedürftigkeitsprüfung sowie die Überwindung des Sanktionsregimes sind dabei Eckpfeiler. Auch nahezu alle Parteien plädieren für eine Alternative zu Hartz IV. Die Ansätze unterscheiden sich teils erheblich. Vom Grundsatz wollen aber sowohl SPD, Grüne als auch Linke die Grundsicherung erhöhen. Schnittmengen bieten sich auch beim Thema Sanktionen und Bedürftigkeitsprüfung. Die FDP tritt für ein liberales Bürgergeld ein, in dem steuerfinanzierte Leistungen des Sozialstaates (z.B. Wohngeld, Hartz IV) gebündelt werden. Das hört sich einfach an, kann aber Leistungsabbau bedeuten, denn über die Höhe wird nichts gesagt. Damit einher geht die Forderung nach höheren Hinzuverdienstgrenzen. Dies will auch die Union. Dies birgt die Gefahr einer Subventionierung von Niedriglohnjobs.

## Fazit

Dass die Bewältigung des sozial-ökologischen Umbaus der Arbeitswelt zu den zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre gehört, trifft in der Politik auf breites Echo. Vor allem der Qualifizierung wird dabei eine hohe Bedeutung zugemessen. Die Ansätze sind aber unterschiedlich. Auch die Überwindung des Hartz-IV-Systems ist zumindest grundsätzlich ein breit geteiltes Anliegen. Je nach Wahlausgang stehen die Chancen für manche Forderungen der IG Metall in diesen Bereichen nicht schlecht. Die Idee einer Transformationskurzarbeit wird bisher ansatzweise bei SPD und Grünen aufgegriffen. Hier bedarf es weiterer Überzeugungsarbeit.

Dagegen finden Forderungen zum Ausbau der sozialen Absicherung bisher weniger Widerhall. Dies gilt insbesondere für einen verlängerten Arbeitslosengeldbezug.

Angesichts der angehäuften Milliardendefiziten in der Krise, stellt sich zudem die Frage, wie die arbeitsmarktpolitischen Zukunftsaufgaben finanziert werden (sollen). Diese Frage bleibt weitgehend unbeantwortet. Die Arbeitgeber haben sich dagegen bereits aufgestellt. Sie wollen sich aus der Verantwortung stehlen und fordern die Sozialversicherungsbeiträge bei 40 Prozent zu deckeln. Fraglich bleibt ebenso, inwiefern die Parteien ihre Programmatik im Fall einer Regierungsbeteiligung tatsächlich umsetzen. Für die IG Metall gilt daher, öffentlichen und betrieblichen Druck hoch zu halten – vor und nach der Bundestagswahl.

[www.igmetall.de  
/politik-und-  
gesellschaft/  
bundestagswahl](http://www.igmetall.de/politik-und-gesellschaft/bundestagswahl)

## IMPRESSUM

IG Metall, Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt, vertreten durch den Vorstand, 1. Vorsitzender: Jörg Hofmann, V.i.S.d.P / Verantwortlich nach § 55 Abs. 2 RStV: Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Redaktion FB Sozialpolitik: Christoph Ehlscheid, Katharina Grabietz, Jan-Paul Grüner, Stefanie Janczyk, Sebastian Kramer

# Arbeitsmarktpolitik: Das meinen die Parteien zu wesentlichen Forderungen der IG Metall



IG METALL	UNION	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP
<b>Brücken bauen:</b> - Einführung Transformationskurzarbeit - Ausweitung Transferkurzarbeit auf 24 Monate - Weiterbildungsgeld, längerer ALG-Bezug bei Qualifizierung für Arbeitslose	Offensive zur Aus- und Weiterbildung in der Grundsicherung, bessere Rahmenbedingungen für geringqualifizierte Arbeitslose für Qualifizierung 	- Transformationskurzarbeit - Recht auf Weiterbildung, Bildungs(teil)zeit, persönliches Zeitkonto - Anspruch auf Qualifizierung, Weiterbildungsbonus, Arbeitslosengeld Q für Arbeitslose 	- Qualifizierungskurzarbeit - Rechtsanspruch auf Weiterbildung - Ausbau Weiterbildungsberatung 	- Recht auf Weiterbildung und Weiterbildungsgeld - Kurzarbeit: Anhebung auf 90 Prozent, Ausschluss betriebsbedingter Kündigung/Dividendenzahlung 	Persönliches Freiraumkonto für abgabenfreies Sparen für Bildungsauszeiten - steuerlicher Freibetrag für arbeitgeberfinanzierte Weiterbildungen 
- Leiharbeit: equal pay und Regulierung - Werkverträge: Fortgeltung Tarifbindung, erweiterte Mitbestimmung - Abschaffung sachgrundloser Befristung - Minijobs abbauen, missbrauch stoppen	- Leiharbeit: tarifliche Regelungen - Werkverträge: Kontrollen gegen Missbrauch - Sachgrundlose Befristung für 2 Jahre - Anhebung Minijobgrenze auf 550 Euro 	- Leiharbeit: Equal pay - Abschaffung sachgrundloser Befristung - Minijobs: Einbezug in soziale Sicherung mit Übergangsregelungen 	- Leiharbeit: Equal pay + Flexibilitätsprämie - Werkverträge: Vorgehen gegen Missbrauch - Abschaffung sachgrundloser Befristungen 	- Leiharbeit: Verbot mit Übergangsregeln (z.B. Equal pay + Flexi-Zulage) - Werkverträge: Fortgeltung Tarifverträge, Ausweitung Mitbestimmung - Abschaffung sachgrundloser Befristung - Abschaffung Minijobs 	Anhebung Minijobgrenze 
<b>Mindestlohn über 12 Euro</b>	keine Aussage 	mindestens 12 Euro 	sofortige Anhebung auf 12 Euro 	mindestens 13 Euro 	keine Aussage 
<b>Ausbau Schutz der Arbeitslosenversicherung:</b> - verlängerter Arbeitslosengeld-Bezug auf bis zu 36 Monate - erleichterter Zugang (Rahmenfrist 36 Monate) - neue Sicherungslinie	keine Aussage 	- Zugang zum Arbeitslosengeld erleichtern - Verankerung Prinzip: „wer länger einzahlt, erhält länger Leistungen“ 	Anspruch auf Arbeitslosengeld ab dem 4. Monat 	- Anhebung Arbeitslosengeld auf 68 Prozent - Bessere Absicherung langjährig Beschäftigter 	keine Aussage 
<b>Solidarische Grundsicherung statt Hartz IV: höhere Regelsätze/neue Berechnungsgrundlage, vereinfachte Bedürftigkeitsprüfung, Überwindung Bedarfsgemeinschaft, Abschaffung Sanktionen unter Existenzminimum</b>	Neugestaltung Anrechnung Einkommen, Vereinfachung des Leistungsrechts/Reduzierung Verwaltungsaufwand, besserer Schutz der Wohnung 	Grundsicherung zum Bürgergeld entwickeln, Weiterentwicklung Regelsatzermittlung 	Garantiesicherung: Grundsicherung schrittweise anheben, schrittweise Individualisierung der Ansprüche, Abschaffung Sanktionen 	Mindestsicherung: 1.200 Euro (Zwischenschritt: sofortige Erhöhung auf 658 Euro) + Sonderbedarfe, tatsächliche Wohnkosten, individueller Anspruch, Abschaffung Sanktionen 	Liberales Bürgergeld: negative Einkommenssteuer und Ausweitung Hinzuverdienst 